

Koblenz

Erhöhte Uranwerte im Trinkwasser

In Bad Kreuznach und Bitburg sind bei Messungen des Landesuntersuchungsamtes überdurchschnittlich hohe Uranwerte im Trinkwasser festgestellt worden. Das geht aus einer Liste mit Messdaten hervor, die das Amt im Internet veröffentlicht hat.



Eine Gefahr für die Bevölkerung gibt es laut Umweltministerium in Mainz aber nicht. Ein Sprecher sagte, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlenen Werte seien nicht überschritten. Das Landesuntersuchungsamt mit Sitz in Koblenz hatte den Angaben zufolge Stichproben genommen. In Bad Kreuznach wurden dabei an zwei Orten Werte von 10 Mikrogramm beziehungsweise 14 Mikrogramm je Liter festgestellt. An einer Messstelle in Bitburg wurden 12 Mikrogramm je Liter registriert. Diese Werte liegen zwar unter der WHO-Empfehlung von 15 Mikrogramm je Liter. Jedoch hatte das Bundesumweltamt empfohlen, bei einem Wert von 10 bis 20 Mikrogramm Maßnahmen zur Absenkung des Urangeltes einzuleiten.

CDU und FDP kritisieren Informationspolitik

Wie die Zeitung "Rheinpfalz" in ihrer Donnerstagsausgabe berichtet, sind in mehr Gemeinden als bisher bekannt höhere Uranwerte gemessen worden. Die CDU-Landtagsfraktion forderte die Landesregierung daraufhin auf, die Bürger "schnell und ausführlich" zu informieren. Die Partei kündigte an, das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Umweltausschusses im Landtag zu setzen. CDU und FDP kritisierten die Informationspolitik des SPD-geführten Umweltministeriums: Es habe die Daten offenbar nur aufgrund des öffentlichen Drucks vorgelegt. Ende Februar hatten die Stadtwerke im pfälzischen Grünstadt bestätigt, dass es dort eine überdurchschnittlich hohe Belastung mit Uran aus natürlichem Vorkommen gebe.

Conrad will Höchstwert für Europa

Laut Umweltbundesamt seien diese Werte für alle Bevölkerungsgruppen einschließlich Säuglinge als gesundheitlich unbedenklich zu beachten, teilte das Ministerium mit. Allerdings gebe es bislang für Uran im Trinkwasser keinen gesetzlichen Grenzwert. Daher seien die Versorgungsunternehmen nicht verpflichtet, ihr Wasser auf Uran untersuchen zu lassen. Umweltministerin Margit Conrad (SPD) wolle sich dafür einsetzen, dass auf europäischer Ebene ein einheitlicher Höchstwert für Uran im Trinkwasser und im Mineralwasser verbindlich festgelegt wird. "Dieser Höchstwert sollte sich am Leitwert des Umweltbundesamtes orientieren", sagte die Ministerin laut Mitteilung in Mainz. Zugleich wies ihr Sprecher den CDU-Vorwurf zurück, die Informationspolitik des Ministeriums sei "mangelhaft" gewesen. Letzte Änderung am:

14.03.2008, 07.48 Uhr